

NIEDERSCHRIFT

Gremium	Ortsbeirat des Stadtteils Dorheim
Sitzungsnummer	OB Dor/022/16-21
Sitzungsdatum	Mittwoch, den 29.01.2020
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:35 Uhr
Ort	Bürgerhaus Dorheim (Mehrzweckraum OG), Wetteraustraße 40 61169 Friedberg (Hessen)

Teilnehmerliste

Vorsitzender

Herr Dr. Klaus-Dieter Rack

Mitglieder

Herr Karl Wilhelm Fölsing
Herr Moritz Frühschütz
Frau Merle Ljungh
Herr Axel Pabst
Frau Ingrid Rose
Herr Ernst Ruppel
Frau Heike Strack

Schriftführer

Herr Michael Kesselring

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung

Herr Reiner Veith

Mitglieder des Magistrates

Frau Stadträtin Ruth Mühlenbeck

Verwaltung

Herr Tobias Kolckhorst

Abwesenheit:

Mitglieder

Herr Karl-Wilhelm Kruse entschuldigt

Ortsvorsteher Dr. Rack eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ortsbeirats sowie Stadträtin Mühlenbeck, Herrn Veith und Herrn Kolckhorst sowie die zahlreich anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates fest. Die Ladung zur Sitzung erfolgte fristgemäß. Einwände gegen die Tagesordnung ergehen nicht.

Ortsvorsteher Dr. Rack weist jedoch darauf hin, dass gemäß § 6 (6) der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte die drei zum 22.01. datierten und abends übermittelten Anträge der CDU, an sich zu spät eingegangen sind. Dr. Rack bittet, da ein Wiederholungsfall, künftig um Frist-Beachtung von Anträgen laut Geschäftsordnung.

Tagesordnung:

1		Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 06. November 2019
2		Kanalbaumaßnahmen in der nördlichen Wetteraustraße (2016/2017) und jetzige Forderungen an Anwohner zur Kostenerstattung
3	16-21/1381	Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020, hier: Jugendclub im Bürgerhaus
4	16-21/1382	Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020, hier: Buslinie zur Innenstadt
5	16-21/1383	Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020, hier: Grabhügel auf dem Friedhof
6		Berichte/Mitteilungen
6.1		Berichte/Mitteilungen; hier: Illegales Befahren mit PKW auf dem Radweg (ehem. nördliche Ortsausfahrt) und Wegräumen von Steinen zwischen Radweg und B455 zur illegalen Auffahrt auf die B455
6.2		Berichte/Mitteilungen; hier: Antrag auf Erweiterung der Tempo 30 Zonen im Norden Dorheims
6.3		Berichte/Mitteilungen; hier: Neugestaltung der Fläche vor dem Ehrenmal sowie Gedenktafeln
6.4		Berichte/Mitteilungen; hier: Straßenmarkierungen und Parksituation in der Weinbergstraße
6.5		Berichte/Mitteilungen; hier: Versetzung von Park-Erlaubnisschildern am Marktplatz
6.6		Berichte/Mitteilungen; hier: Antrag in Ortsbeiratssitzung vom 06.11.2019 (DS-Nr.: 16-21/1300), Installation von Bodenschwellen auf dem Feldweg zwischen Liebfrauenring und Kerbplatz
6.7		Berichte/Mitteilungen; hier: Antrag auf Querungshilfe im Bereich der südlichen Wetteraustraße
6.8		Berichte/Mitteilungen; hier: Nutzungskonzept Bürgerhaus Dorheim
7		Verschiedenes
7.1		Verschiedenes; hier: Müllsammelaktion "Sauberes Friedberg"
7.2		Verschiedenes; hier: Geburtstagsgrüße

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen
Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0

1.

Genehmigung der Niederschrift über die 21. Sitzung vom 06. November 2019

Die Niederschrift wird zur **Kenntnis genommen**. Änderungswünsche ergehen keine.

2.

Kanalbaumaßnahmen in der nördlichen Wetteraustraße (2016/2017) und jetzige Forderungen an Anwohner zur Kostenerstattung

Ortsvorsteher Dr. Rack erläutert den Sachverhalt. Bei dieser Gelegenheit weist Dr. Rack darauf hin, dass der im Ort kursierende, nicht namentlich unterzeichnete Flyer zu dem Thema nicht von ihm stammt, auch wenn der Eindruck entstehen konnte. Er erklärt außerdem, dass Bürgermeister Antkowiak, nach Mitteilung von Herrn Kolckhorst kurz vor der Sitzung, krankheitsbedingt nicht an der heutigen Ortsbeiratssitzung teilnehmen kann.

Auf eine Mail des Ortsvorstehers an den Bürgermeister und Herrn Kolckhorst vom 22. Januar mit der Bitte um Sitzungsteilnahme wegen der unter den Anwohnern der Wetteraustraße entstandenen Irritationen erhielt Dr. Rack keine Antwort vom Bürgermeister. Die alleinige Teilnahme von Herrn Kolckhorst (Leiter Tiefbauamt) erfuhr der Ortsvorsteher von Stadträtin Mühlenbeck.

Herr Kolckhorst stellt anschließend ausführlich die Hintergründe zu den jetzigen Forderungen an die Anwohner dar. Die Baumaßnahmen wurden in den Jahren 2016 und 2017 durchgeführt. Damals sei auch eine Info über die Baumaßnahmen und darüber zu erwartende Kosten an die betroffenen Grundstückseigentümer gegangen. Die Abrechnung mit den Bauunternehmen erfolgte im März 2018. Durch personelle Engpässe verzögerte sich die Versendung der Anhörungsschreiben bis Ende November 2019. Die Anhörungsschreiben seien gesetzlich verpflichtend und werden stets vor der Versendung der Bescheide verschickt. Die eigentlichen Bescheide werden entgegen der Ankündigung im Anhörungsschreiben nicht im Januar, sondern voraussichtlich erst im zweiten Halbjahr 2020 versendet. Der Hintergrund für diese weitere Verzögerung ist ebenfalls Personalknappheit. Es besteht jedoch kein Risiko der Verjährung, da laut Herrn Kolckhorst die Verjährung erst mit der Schlussabrechnung mit dem Bauunternehmen beginnt (März 2018).

Ortsvorsteher Rack erkundigt sich, ob die Rechnungen, die als Anlage zu den Bescheiden an die Grundstückseigentümer versendet werden, inklusive der Prüfvermerke seien. Herr Kolckhorst bestätigt dies. Es gibt keine bereinigten Rechnungen.

Herr Kolckhorst erläutert, dass nach Eingang der Bescheide vier Wochen Zeit sei, um Widerspruch einzulegen. Ortsvorsteher Dr. Rack erkundigt sich welche Voraussetzungen für Ratenzahlung gegeben sein müssen. Herr Kolckhorst verweist auf die zugehörige Dienstanweisung. Vom Schuldner muss nachgewiesen werden, dass bei sofortiger Zahlung eine erhebliche Härte vorliegen würde. Ortsvorsteher Dr. Rack regt an, dass eine generelle Möglichkeit zur Ratenzahlung sinnvoll, auch notwendig sei, da angesichts der Kostenhöhe bis zum Teil über 11.000 € doch unbillige Härten für betroffene Anwohner entstehen. Herr Kolckhorst erläutert, dass diese Entscheidung durch den Magistrat getroffen werden müsse (Änderung der Dienstanweisung).

Nach diesen Erläuterungen ermöglicht Ortsvorsteher Dr. Rack mit Zustimmung des Ortsbeirats den Bürgerinnen und Bürgern Fragen zum Sachthema zu stellen.

Herr Zebisch fragt kritisch nach, warum die Eigentümer bezahlen müssen. Die jahrelange Belastung durch Schwerlastverkehr sei nach seiner Meinung ein Grund für die defekten Abwasserleitungen. Herr Kolckhorst erläutert, dass das Alter des Anschlusses ausschlaggebend sei. Die Haltbarkeit liege in der Regel bei 40-50 Jahren. Die Anschlüsse im betroffenen Abschnitt seien teilweise deutlich älter gewesen. Der Schwerlastverkehr führe kaum zu Mehrbelastung, da die Gewichtskräfte kegelförmig in den Boden eingeleitet werden. Bei der Tiefe der Rohre würden somit kaum nennenswerte Belastungen auf die Leitungen ausgeübt werden.

Herr Roth weist ebenfalls auf die starke Befahrung durch LKWs, aber auch durch Panzer hin, als in der Umgebung Dorheims immer wieder Militärübungen erfolgten und schwere gepanzerte Fahrzeuge durch die Dorheimer Hauptverkehrsstraße rollten. Er hält eine Unterstützung der Anwohner durch die Stadt bzw. den Kreis für angebracht. Frau Limberg schließt sich dieser Argumentation an. Es seien zudem ältere Anschlüsse im genannten Abschnitt, die nicht saniert werden mussten. Herr Kolckhorst erläutert nochmals, dass der Schwerlastverkehr keinen nennenswerten Einfluss habe. In anderen Straßen des Ortes wurden in den letzten Jahren ebenfalls Leitungen saniert.

Diese waren im gleichen Alter und defekt, obwohl dort kein Schwerlastverkehr fuhr. Herr Limberg erkundigt sich, ob die Anwohner die Kosten auch dann hätten tragen müssen, wenn die Wetteraustraße noch Durchgangsstraße gewesen wäre. Herr Kolckhorst bestätigt dies: Die Satzung hätte dann ebenfalls gegolten.

Herr Scheld fragt kritisch nach, warum die Anschlüsse auf den Geländen der Anwohner in Ordnung seien und nur die Rohre ab der Grundstücksgrenze betroffen waren. Dies wäre doch ein Indiz für die Verursachung der Schäden durch den Verkehr. Er erkundigt sich außerdem, welche Schadensbilder vorwiegend vorlagen. Herr Kolckhorst stellt dar, dass die Entwässerungsleitungen auf den Grundstücken oftmals ebenfalls betroffen seien, dies wurde jedoch von der Stadt nicht untersucht. Die Untersuchungen endeten an der Grundstücksgrenze. Die Schäden der betroffenen Leitungen waren ganz unterschiedlich, wie z.B. Risse oder Setzungen.

Ortsbeiratsmitglied Ruppel erkundigt sich, ob auch Anwesen südlich der Wetter-Brücke betroffen seien. Von dort gäbe es keine Meldungen von Bürgerinnen und Bürgern. Herr Kolckhorst erwidert, dass auch dort Maßnahmen durchgeführt wurden und entsprechende Anhörungsschreiben versendet wurden.

Herr Richly beschwert sich über mangelnde Informationen zu den Maßnahmen während des ganzen Prozesses. Dies ziehe sich von den Baumaßnahmen selbst bis hin zu den versendeten Anhörungsschreiben. Es gäbe keine Transparenz, weder zu den Maßnahmen selbst noch bezüglich der Kosten. Er fragt, warum der Bürger nicht mitgenommen und nicht bereits frühzeitig über die zu erwartenden Kosten informiert werde (z.B. Kostenvoranschlag). Dies würde sich doch schon vor den Baumaßnahmen abschätzen lassen. Der ganze Vorgang sei „am Bürger vorbei“, betont Herr Richly unter Zustimmung der anwesenden Bürgerinnen und Bürger. Herr Kolckhorst erläutert, dass eine vorherige Abschätzung der Kosten kaum möglich sei. Dies sei individuell von der Lage der Entwässerung zum Grundstück sowie den dafür notwendigen Erdarbeiten stark unterschiedlich. Herr Richly hält es außerdem für unangemessen, dass die Bürger für einen Antrag auf Ratenzahlung ihr Vermögen offenlegen müssen. Dies sei in der heutigen Zeit nicht mehr angebracht und nicht bürgerfreundlich.

Frau Harsch weist nochmals auf die LKWs hin. Zusätzlich stellt sie dar, dass es unklar sei, warum die Kosten von Haus zu Haus so stark variieren. Sie fragt, ob es eine Rolle für die Kosten spiele, je nach dem auf welcher Seite der Straße das Anwesen ist. Herr Wechselberger ergänzt um die Frage, warum zwei Baumaßnahmen in so kurzer Zeit aufeinander folgten (Trinkwasser / Abwasser). Herr Kolckhorst führt aus, dass es auf Grund von Planungen bezüglich der Umgestaltung der Wetteraustraße mehrmals zu Verzögerungen kam und man ursprünglich angedacht hatte, sämtliche Maßnahmen auf einmal durchzuführen. Durch den Zustand der Wasserleitungen wurde eine schnelle Sanierung jedoch unumgänglich und vorgezogen. Nachdem entschieden wurde, dass die Straße nicht umgestaltet wird, wurde schließlich mit den Abwasserleitungen begonnen. Die Lage der Leitungen sei gleichgeblieben. Durch Zusammenziehen der beiden Baumaßnahmen hätte sich keine signifikante Kostenersparnis ergeben, da auch dann mit zwei Gräben hätte gearbeitet werden müssen. Die stark unterschiedlichen Kosten pro Anwesen ergeben sich durch die unterschiedlichen Maßnahmen. Teils kommen auch zusätzliche Leitungen für die Dachentwässerung hinzu. Der durchschnittliche Preis pro lfd. Meter würde bei 440 € liegen.

Frau Limberg stellt eindrücklich dar, dass eine Kulanz bzgl. Ratenzahlung angebracht sei und fragt nach, ob weitere ähnliche Baumaßnahmen folgen werden. Ortsvorsteher Dr. Rack erläutert, dass keine weiteren Maßnahmen geplant seien. Er weist außerdem ebenfalls darauf hin, dass eine Ratenzahlung für alle Anwohner angebracht sei und dass es in dem vorliegenden Sanierungsfall an Transparenz gefehlt hätte.

Ortsbeiratsmitglied Fölsing erkundigt sich, warum teilweise die Rohre für die Dachentwässerung mitbetroffen seien. Diese sind doch im Normalfall Sache der Eigentümer. Außerdem regt er an, den betroffenen Anwohnern Bilder von den Maßnahmen zukommen zu lassen. Herr Kolckhorst erläutert, dass bei Grenzbebauung die Fallrohre durch den Bürgersteig in die Erde geführt werden. Die dort zum Hausanschluss verlaufenden Rohre seien z.T. ebenfalls saniert worden.

Herr Limberg weist nochmals darauf hin, dass ein Zuschuss der Stadt zu den Kosten angebracht sei, da er einen Einfluss durch den jahrelangen Schwerlastverkehr sehe. Herr Kolckhorst erwidert, dass u.U. die Möglichkeit bestünde durch eigene Versicherungen einen Teil der Kosten zu decken.

Ortsbeiratsmitglied Ljungh erkundigt sich wie lange der Prozess der Rechnungsprüfung gedauert habe. Herr Kolckhorst erläutert detailliert, wie der Weg von der Schlussrechnung vom 26. September 2017 über die Rechnungsprüfung bis hin zur endgültigen Abrechnung im März 2018 verlief.

In der anschließenden Diskussion wurde nochmals von mehreren Bürgern die fehlende Transparenz bemängelt. Quervergleiche mit anderen Gemeinden wurden gezogen und dargestellt, dass dort andere Lösungen z. B. für Ratenzahlungen bestünden.

Ortsvorsteher Dr. Rack dankt Herrn Kolckhorst für die ausführlichen Erläuterungen sowie den Bürgern für die rege Teilnahme. Er fordert eine bessere Informationspolitik bezüglich solcher Bauvorhaben und regt nochmals an, dass eine Änderung der Bedingungen für Ratenzahlung dringend notwendig wäre. Abschließend erläutert Herr Kolckhorst nochmals, dass nach Eingang des Bescheids ein Antrag auf Stundung binnen vier Wochen einzureichen ist.

Stadträtin Mühlenbeck erläutert, dass das Protokoll in Richtung Magistrat transportiert würde, um die Meinung der Bürger darzustellen.

Ortsvorsteher Dr. Rack unterbricht die Sitzung für 5 Minuten.

3.	16-21/1381	Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020, hier: Jugendclub im Bürgerhaus
-----------	-------------------	---

Ortsbeiratsmitglied Ljungh erläutert den Antrag im Detail. Sie stellt heraus, dass es explizit um die Räumlichkeit der ehemaligen Gaststätte geht.

Ortsbeiratsmitglied Ruppel erinnert, dass bereits Kontakt zur Jugendpflege bestand und dass eine Prüfung bereits mindestens zweifach durchgeführt und abschlägig beschieden wurde. Dies wurde in Protokollen des Ortsbeirats festgehalten, zuletzt in der vorherigen Sitzung. Aus seiner Sicht ist ein Nutzungskonzept für das gesamte Bürgerhaus notwendig. Ein entsprechender Antrag der SPD-Fraktion ist seit drei Jahren beim zuständigen Dezernenten anhängig und um dessen Vorlage wird Sitzung um Sitzung nachgesucht. Bisher ohne Erfolg. Solange kein Nutzungskonzept existiert, sind weitere Prüfungen bzgl. Nutzung einzelner Räumlichkeiten im Bürgerhaus sinnlos. Er ergänzt, dass eine Mischnutzung gemäß Auskunft der Jugendpflege nicht zielführend für eine ungestörte Jugendarbeit wäre. Ortsbeiratsmitglied Ljungh erwidert, dass eine Mischnutzung durchaus ein Vorteil sein könne.

Stadträtin Mühlenbeck erkundigt sich, ob Vereine die Jugendarbeit unterstützen wollen.

Ortsbeiratsmitglied Ljungh sieht es als sinnvoll an, wenn Vereine sich den Jugendlichen vorstellen würden.

Ortsbeiratsmitglied Frühschütz stellt dar, dass ein Konzept gemeinsam mit den Vereinen notwendig ist. Er sieht eine Nutzung des Bürgerhauses (hier: ehem. Gaststätte) durchaus als sinnvoll an.

Ortsbeiratsmitglied Fölsing weist darauf hin, dass der Magistrat nicht weiterhelfen könne, sondern die Entscheidung durch die Jugendhilfe (Herr Umsonst) getroffen werden müsse. Dort wurde bereits geprüft und die Räumlichkeiten nicht als tauglich befunden.

Ortsvorsteher Dr. Rack weist nochmals auf die schon vor Monaten erhaltene Auskunft der Jugendpflege hin, nach der eine Raum-Mischnutzung als nicht förderlich für eine ungestörte Jugendarbeit sei. Auch sei der Raum gerade im Herbst/Winter, also in einer Zeit, in der Jugendarbeit unter Dach stattfindet/stattfinden muss, durch Belegungen (z. B. Wetterfrösche) phasenweise blockiert und stünde dann gar nicht zur Verfügung. Dr. Rack stellt ebenfalls dar, dass für das Bürgerhaus ein Gesamtkonzept zwingend erforderlich sei.

Ortsbeiratsmitglied Pabst erläutert, dass die Entscheidung der Jugendhilfe nicht unbedingt akzeptiert werden müsse. Er möchte der Sache durch den Antrag Nachdruck verleihen. Ortsbeiratsmitglied Ljungh plädiert für eine Testphase.

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Friedberg wird gebeten zu prüfen, ob die Gaststätte des Bürgerhauses Dorheim als Jugendclub zu ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 5 Enthaltung 0

**4. 16-21/1382 Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020,
hier: Buslinie zur Innenstadt**

Der Antrag wird von den Ortsbeiratsmitgliedern Pabst und Ljungh im Detail erläutert.

Ortsbeiratsmitglied Ruppel entgegnet, dass das Sachthema bereits vor einem Jahr durch Stadtverordnete Pieh (aus Dorheim; SPD) und den Ortsvorsteher zur zuständigen Ersten Stadträtin mit der Bitte um Berücksichtigung bei den Gesprächen des Runden Tisches (u. a. zur besseren verkehrlichen Anbindung auch der Stadtteile) übermittelt wurde. Ortsvorsteher Dr. Rack ergänzt, dass bereits Gespräche bezüglich einer besseren Busanbindung Dorheims in der Übergangsphase bis zur behindertengerechten Sanierung des Bahnhofs Friedberg stattgefunden haben und die Sachangelegenheit sich längst vor diesem Antrag bereits im Verwaltungsgang befindet.

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Friedberg wird gebeten mit den zuständigen Institutionen Kontakt aufzunehmen um höherfrequentierte Buslinien mit Verbindung zur Innenstadt Friedberg einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 4 Enthaltung 1

**5. 16-21/1383 Antrag der CDU im Ortsbeirat Dorheim vom 22. Januar 2020,
hier: Grabhügel auf dem Friedhof**

Der Antrag wird von Ortsbeiratsmitglied Ljung im Detail erläutert. Sie stellt ausführlich dar, dass der Grabhügel unabhängig von anderen Konzepten wie z. B. Waldbestattung zu sehen sei. Der Friedhof soll mit dieser Maßnahme attraktiver werden.

Ortsbeiratsmitglied Ruppel entgegnet, dass das Thema neue Bestattungsformen bereits im Oktober 2016 im Ortsbeirat diskutiert wurde. Er bittet die Antragssteller, den Antrag zurückzuziehen, bis eine neue Friedhofssatzung erstellt ist. Dann könne das Thema gerne wieder aufgegriffen werden. Aktuell sieht er in dem Antrag ein großes Risiko für weitere Verzögerungen bei der Erstellung einer neuen Satzung. Er weist darauf hin, dass zunächst angesichts einer bereits mehr als zur Hälfte gefüllten dritten Urnenstele endlich die lange beantragte Umsetzung der Wiesenbestattung erfolgen müsse und dann weitere Bestattungsformen ergänzt werden könnten.

Ortsbeiratsmitglied Strack hält die beschriebene Bestattungsform für prinzipiell gut, sieht allerdings ebenfalls das Risiko weiterer Verzögerungen.

Antragstext:

Der Magistrat der Kreisstadt Friedberg wird gebeten, im Zuge der Überarbeitung der Friedhofssatzung die Errichtung eines Grabhügels zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

Ja 3 Nein 4 Enthaltung 1

6. Berichte/Mitteilungen

6.1. Berichte/Mitteilungen; hier: Illegales Befahren mit PKW auf dem Radweg (ehem. nördliche Ortsausfahrt) und Wegräumen von Steinen zwischen Radweg und B455 zur illegalen Auffahrt auf die B455

Ortsvorsteher Dr. Rack erläutert, dass die in Top 5.2. des Protokolls der Ortsbeiratssitzung vom 06. November 2019 genannte Beschilderung des Radwegs ab nördlichem Ortsausgang zwischenzeitlich angebracht wurde. Ob die visuellen Maßnahmen ausreichen, um eine Durchfahrt für Unbefugte zu verhindern, wird sich in Zukunft erweisen.

6.2. Berichte/Mitteilungen; hier: Antrag auf Erweiterung der Tempo 30 Zonen im Norden Dorheims

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass die Maßnahmen vollzogen sind und entsprechende Um-Beschilderung vorgenommen wurden. Stadtverordneter Veith weist darauf hin, dass stellenweise die Fahrbahnmarkierungen erneuert werden müssten.

6.3. Berichte/Mitteilungen; hier: Neugestaltung der Fläche vor dem Ehrenmal sowie Gedenktafeln

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass die Gedenktafeln bei einem Ockstädter Steinmetzbetrieb angefertigt wurden. Die Tafeln werden nach Ende des Winters aufgehängt. Die Fläche vor dem Ehrenmal wurde mit Rosen etc. neugestaltet, allerdings wird über die Bepflanzungsdichte noch mit dem Grünamt zu reden sein.

6.4. Berichte/Mitteilungen; hier: Straßenmarkierungen und Parksituation in der Weinbergstraße

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass zu den TOP 5.9. und 5.10. des letzten OB-Protokolls Folgendes bereits erledigt bzw. in Vorbereitung ist:

Das Vorfahrtsschild mit dem Abbiegezeichen (im Moment links von der Sicht ablenkenden Ortseingangstafel) ist, wie zuletzt erbeten, weiter zum Ortsausgang versetzt worden, damit Vorfahrt und Richtungsänderung frühzeitiger und damit deutlicher erkannt werden können.

Die Einfahrt rechts zur Kirschengasse ist mit Markierungen versehen worden, die ein Halten/Parken dort unter Verbot stellen. Allerdings stehen gerade in den Abendstunden dort weiterhin PKW, nun auf der Verbotsmarkierung fast bis an den Rand der Wetteraustraße und erschweren die Einfahrt in die Gasse, zumindest aus Richtung Ort. Eine entsprechende Mitteilung mit Fotos wurde dem Ordnungsamt zugestellt. Für Abhilfe sollte gesorgt werden.

Die übrigen beanstandeten Straßenmarkierungen werden spätestens nach Winterende nachgebessert.

Zur Parksituation Weinbergstraße berichtet Ortsvorsteher Dr. Rack, dass nach Amtsmittteilung dort bereits häufiger kontrolliert wird, allerdings gibt es gerade aus den Abendstunden weiterhin Beschwerden von Anwohnern, dass links und rechts dieser Straße, oft auch vor Grundstückseinfahrten und in Kurven, Kfz abgestellt werden und somit die Durchfahrt mindestens erschweren. Anwohner werden aufgefordert, entsprechende Meldungen mit Foto und Uhrzeit an das Ordnungsamt abzugeben.

Ortsbeiratsmitglied Strack ergänzt, dass die Parksituation in der Kirschengasse durch die neuen Markierungen zwar besser sei, allerdings ist die Parkplatzmarkierung nun sehr weit zurückgesetzt. Dadurch entfällt ein Parkplatz mehr als nötig.

Auf Grund der schwierigen Parksituation sollte dies nochmals überprüft werden. Ortsvorsteher Dr. Rack hält dies für sinnvoll und regt ebenfalls eine Überprüfung an.

6.5.

**Berichte/Mitteilungen;
hier: Versetzung von Park-Erlaubnisschildern am Marktplatz**

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass die Versetzung der beiden Schilder in Vorbereitung ist.

6.6.

**Berichte/Mitteilungen;
hier: Antrag in Ortsbeiratssitzung vom 06.11.2019 (DS-Nr.: 16-21/1300),
Installation von Bodenschwellen auf dem Feldweg zwischen
Liebfrauenring und Kerbplatz**

Ortsvorsteher Dr. Rack teilt mit, dass die ihm übermittelte Stellungnahme der städtischen Straßenverkehrsbehörde den Feldweg hinter „Zur Hainerde“ beinhaltet und nicht den im Antrag genannten Weg. Deswegen Rückgabe der Stellungnahme an das Amt. Zwar sind beide Wege nur für landwirtschaftlichem Verkehr ausgewiesen, doch die Realität ist eben eine andere. Viele PKW nutzen gerade den im Antrag genannten Feldweg als illegale Abkürzung zur Landstraße nach Fauerbach und zwar oft auch noch zu schnell. Deswegen kommt es zu den im Antrag genannten Gefährdungen. Hier sind auf jeden Fall häufiger Verkehrskontrollen erforderlich.

6.7.

**Berichte/Mitteilungen;
hier: Antrag auf Querungshilfe im Bereich der südlichen Wetteraustraße**

Kein neuer Sachstand, noch kein neuer Ortstermin.

6.8.

**Berichte/Mitteilungen;
hier: Nutzungskonzept Bürgerhaus Dorheim**

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass am 06. Dezember 2018 in der Stadtverordnetenversammlung die angekündigte Gebührensatzung verabschiedet wurde. Allerdings ist nach wie vor kein Nutzungskonzept im Sinne des o. g. Antrags, insbesondere auch bezüglich der ehemaligen Gaststätte erstellt worden. Dies sollte als erneute Erinnerung endlich in Angriff genommen werden.

7.

Verschiedenes

7.1.

**Verschiedenes;
hier: Müllsammelaktion "Sauberes Friedberg"**

Ortsvorsteher Dr. Rack berichtet, dass die diesjährige Müllsammelaktion „Sauberes Friedberg“ am 29. Februar 2020 unter örtlicher Federführung der NABU stattfindet. Um rege Teilnahme wird gebeten.

7.2.

**Verschiedenes;
hier: Geburtstagsgrüße**

Ortsvorsteher Dr. Rack beglückwünscht im Namen des Gremiums die Mitglieder mit kürzlich stattgefundenen Geburtstagen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Ortsvorsteher Dr. Rack die Sitzung mit Dankesworten an die Anwesenden.

gez.: Dr. Rack
(Vorsitzender)

gez.: Kesselring
(Schriftführer)